



Presseschau vom 01.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Rüdiger Rauls: Russland geht in die Offensive - Was aber will der Westen?

Russland hat sehr klare Forderungen für die Sicherung seiner Interessen gestellt. Darin lässt es sich vom Diplomatengewusel und der Meinungsinflation des Westens nicht beirren. Was aber will der Westen? Worum geht es ihm? Was ist sein Ziel? ...

<https://kurz.rt.com/2sw0>

Dagmar Henn: Verzweiflung im Nebelloch? USA bitten China um Hilfe

Ende vergangener Woche wandte sich das US-Außenministerium an China, um beim Thema Ukraine zu helfen. Diese Bitte zeigt, wie die Kräfteverhältnisse wirklich aussehen. Und dass die USA immer noch nicht begriffen haben, wie eng das russisch-chinesische Bündnis ist. ...

<https://kurz.rt.com/2sx5>

Seyed Alireza Mousavi: Was hat die Ukraine-Strategie Russlands mit dem Militäreinsatz in Syrien zu tun?

Russland und Syrien führten zuletzt eine ungewöhnliche gemeinsame Luftraumüberwachung durch. Zugleich startet Russland eine groß angelegte Marineübung im Mittelmeer. Welche Signale will Moskau mit diesen Aktionen senden? Und an wen richten sich diese Übungen?

...

<https://kurz.rt.com/2swg>

Dagmar Henn: Die Pandemie der Milliardäre ... und ihre Hofnarren

Erst die Ungeimpften, jetzt die Kinder: Ständig wird eine neue Gruppe gefunden, die schuld ist am Fortbestehen der Maßnahmen und dem Leid, das sie verursachen. Nur nicht die, die sie beschließen, und die, die davon profitieren. In Wirklichkeit ist das eine Pandemie der Milliardäre. ...

<https://kurz.rt.com/2sxg>

Jelena Neuhausen: Ausgaben für EU-Grenzüberwachung steigen – Geld fließt an IT- und Rüstungsfirmen

Die britische Bürgerrechtsorganisation „Statewatch“ hat die Ausgaben von EU-Agenturen für den Grenzschutz zwischen 2014 und 2020 untersucht. Demnach gaben die Agenturen Frontex und „EU-LISA“ insgesamt 1,9 Milliarden Euro für Grenzüberwachung aus. Das Geld ging vorwiegend an große Konzerne aus dem IT-Bereich sowie an Rüstungsfirmen. ...

<https://snanews.de/20220201/ausgaben-fuer-eu-grenzueberwachung-steigen-5200604.html>

snanews.de: Darum sind Nacktmulle immun gegen das Altern

Nacktmulle beschäftigten russische Wissenschaftler schon seit langer Zeit. Die kleinen Nagetiere sollen Aufschluss über Langlebigkeit, ewige Jugend und robuste Gesundheit geben.

...

<https://snanews.de/20220201/nacktmulle-immun-gegen-das-altern-5204995.html>

abends/nachts:

snanews.de: Slowakische Präsidentin stimmt umstrittenem Militärvertrag mit USA zu

Nach den wachsenden Spannungen zwischen Russland und der Ukraine hat die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová einem Militärvertrag mit den USA zugestimmt. Dieser soll es den US-Truppen ermöglichen, ihre Militärpräsenz nahe der Ukraine auszuweiten.

Wie das Verteidigungsministerium in Bratislava am Montag mitteilte, wurde Ressortchef Jaroslav Nad mit der formellen Unterzeichnung beauftragt. Er werde dafür gemeinsam mit Außenminister Ivan Korčok nach Washington reisen, um den Vertrag am Donnerstag zu unterschreiben.

Das Abkommen ermöglicht den USA, ihre militärische Präsenz in dem direkt an die Ukraine angrenzenden EU-Land Slowakei insbesondere dadurch zu verstärken, dass sie die beiden Militärflughäfen Sliac und Kuchyna ausbauen. Gegner befürchten eine US-Präsenz, die außerhalb der Kontrolle durch slowakische Gesetze und Behörden stehen könnte.

„Der aktuelle Text des Abkommens über die Verteidigungskooperation ist das Ergebnis langjähriger Expertenverhandlungen zwischen den beiden Seiten, die von Experten aus mehreren Ministerien über mehr als vier Jahre vorbereitet wurden“, sagte Verteidigungsminister Nad.

Wie der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Ivan Korčok, erklärte, ist die Unterzeichnung des Abkommens „ein Ausdruck des Interesses der USA und der Slowakischen Republik, im Verteidigungsbereich unter gegenseitig vereinbarten Bedingungen zusammenzuarbeiten“.

Gegenwind aus dem Parlament

Nach der Unterzeichnung muss noch das slowakische Parlament dem Vertrag zustimmen.

Eine Mehrheit gilt derzeit nicht als sicher. Alle drei im Parlament vertretenen

Oppositionsparteien sowie Gewerkschaftsvertreter und Rüstungsgegner protestieren seit mehreren Wochen gegen den Vertrag.

Auch die Generalstaatsanwaltschaft kritisierte ihn im Zuge eines Begutachtungsverfahrens und empfahl seine Ablehnung. Er sei einseitig zugunsten der USA formuliert und schränke die

staatliche Souveränität der Slowakei ein. Auch Präsidentin Čaputová hatte deshalb zunächst Vorbehalte geäußert.

Ein Vorschlag der USA, wegen der Ukraine-Situation rund tausend zusätzliche Nato-Soldaten ins Land zu bringen, heizte die Kritik von Opposition und Protestbewegung weiter an. Die Slowakei würde dadurch direkt in den Konflikt hineingezogen, im Land stationierte Waffenarsenale könnten längerfristig auch zu einem russischen Angriffsziel werden, warnten sie bei mehreren Demonstrationen.

Vor Tagen hat Korčok Medienberichte bestätigt, wonach die Nato eine Entsendung von Truppen in das direkt an die Ukraine angrenzende Land in Betracht ziehe. Der Außenminister hat darauf verwiesen, dass seit mehreren Jahren Nato-Truppen in den baltischen Staaten sowie in Polen stationiert würden. Auch seien Soldaten der slowakischen Streitkräfte seit langem in Lettland im Einsatz.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als ein Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1f/5197105_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_ce5ee57b3b07f0e01767197f7113520d.jpg

snanews.de: **Estland wirft Russland Verletzung von Luftraum vor**

Ein russischer Kampfjet vom Typ Su-27 soll nach Darstellung Estlands dessen Luftraum verletzt haben.

„Der Zwischenfall ereignete sich im Raum der Insel Vaandloo. Die russische Maschine befand sich etwa eine Minute lang im estnischen Luftraum“, hieß es am Montag beim Pressedienst des Hauptstabes der estnischen Verteidigungskräfte.

Der Kampfjet sei mit abgeschalteten Transpondern geflogen. Zum Zeitpunkt der Grenzverletzung habe die Crew keinen Funkkontakt zu estnischen Fluglotsen gehabt, behauptete der Hauptstab.

„Estland betrachtet den Zwischenfall als bedauerlich und ernst, insbesondere im Hinblick darauf, dass derartige Verstöße mehrfach registriert wurden“, sagte ein Militärsprecher.

Der Geschäftsträger a.i. Russlands in der Estnischen Republik wurde ins Außenamt einbestellt, wo ihm eine Protestnote überreicht wurde.

Moskau dementiert

Das Verteidigungsministerium in Moskau dementierte die Meldung über die Verletzung des estnischen Luftraumes:

„Russische Su-27-Kampfjets waren am 29. Januar 2022 nicht über der Ostsee geflogen. Alle

Übungs- und Patrouilleneinsätze der russischen Luftwaffe erfolgen in strikter Übereinstimmung mit den internationalen Regeln für die Nutzung des Luftraumes über neutralen Gewässern, ohne dass die Grenzen anderer Staaten verletzt werden“, hieß es aus Moskau.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1f/5197331_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_a98cab45e5a97533e7ad24e6ca1f07e2.jpg

de.rt.com: UN-Sicherheitsrat beschließt Treffen zur Ukraine-Krise – Schlagabtausch zwischen Russland und USA

Der UN-Sicherheitsrat hat mit zehn von 15 Mitgliedsstaaten die Abhaltung eines von den USA initiierten Treffens zur Lage in der Ukraine unterstützt. Dabei kam es zu einem heftigen diplomatischem Schlagabtausch zwischen Russland und den USA.

Russland und die USA lieferten sich am Montag einen heftigen diplomatischen Schlagabtausch im UN-Sicherheitsrat. Russland beschuldigte die USA und ihre Verbündeten, in der Ukraine-Krise Kriegshysterie zu schüren. Der russische UN-Botschafter, Wassili Nebensja, sagte am Montag vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York: "Die Diskussionen um eine drohende Kriegsgefahr sind an und für sich provokativ. Sie rufen fast danach. Sie wollen, dass es passiert."

Russland habe die Vorwürfe stets zurückgewiesen, und er werde dies jetzt auch tun, so Nebensja. Er bezeichnete die US-Amerikaner auch als Provokateure, die "Spannungen schüren und eine Eskalation provozieren". Die Botschafterin der Vereinigten Staaten, Linda Thomas-Greenfield, sagte, die Situation, mit der man in Europa konfrontiert sei, sei "drängend und gefährlich". Washington wolle über Moskaus "bedrohliches Verhalten" gegenüber der Ukraine und über die angebliche russische Militärpräsenz an der ukrainischen Grenze sprechen.

In der vergangenen Woche hatten die Vereinigten Staaten das Treffen zum 31. Januar beantragt. Der UN-Sicherheitsrat hat mit zehn Stimmen die Abhaltung des Treffens unterstützt. Mit zehn von 15 Mitgliedsstaaten stimmten am Montag genug Länder für die Beratungen in New York. Bei Verfahrensangelegenheiten können Entscheidungen nur mit einer Mehrheit von mindestens neun Stimmen getroffen werden, die fünf ständigen Mitglieder haben in solchen Fällen kein Veto-Recht.

Der russische UN-Botschafter hatte erklärt, es gebe für dieses Treffen keinen Grund. Einige Länder des UN-Gremiums würden Propaganda verbreiten, es handle sich um "Megafon-Diplomatie". Thomas-Greenfield entgegnete, der internationale Frieden sei gefährdet: "Stellen Sie sich vor, wie unwohl Sie sich fühlen würden, wenn 100.000 Soldaten an Ihrer Grenze stehen würden."

Nebensja erklärte darauf, die Truppen befänden sich im Hoheitsgebiet Russlands, in der

Vergangenheit haben ähnliche Vorgänge auch nicht zur Hysterie geführt. Nun würden die Ukrainer einer Gehirnwäsche unterzogen und mit Russlandphobie und radikalem Denken gefüttert. Nebenja bestritt auch, dass tatsächlich 100.000 Soldaten an der Grenze zusammengezogen wurden. Er machte keine Zugeständnisse für eine Entspannung der Lage. Westliche Staaten wie die USA werfen Russland seit Wochen vor, Soldaten an der ukrainischen Grenze zusammenzuziehen und deuten dies als Zeichen einer bevorstehenden Intervention. Moskau bestreitet dies und sieht sich durch das Heranrücken der NATO an die russische Grenze bedroht. Der Kreml fordert deshalb von den USA und der NATO verbindliche Sicherheitsgarantien.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f8469f48fbef5a32361f57.jpg>

snanews.de: **Nato-Chef bewertet Kampffähigkeit von ukrainischer Armee**

Die ukrainische Armee ist laut dem Nato-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, heute besser vorbereitet als im Jahr 2014, auch dank der Allianz.

„Seit 2014 haben die Nato – die Mitglieder des Bündnisses – die Streitkräfte der Ukraine auf verschiedene Weise vorbereitet und unterstützt, sie haben jetzt mehr Möglichkeiten zur unabhängigen Verteidigung als 2014. Jetzt ist es eine große Armee. Besser ausgebildet, besser geführt“, sagte Stoltenberg auf einer von der US-Zeitung „Washington Post“ organisierten Online-Konferenz.

Gleichzeitig betonte Stoltenberg, er sehe ein Risiko in gemeinsamen russisch-weißrussischen Übungen im Zusammenhang mit der Situation um die Ukraine.

„Es besteht ein ernstes Risiko, dass die Übung eine Tarnung für eine militärische Aktion, eine Invasion in der Ukraine, sein könnte“.

Der Nato-Chef äußerte sich erneut zur angeblichen russischen „militärischen Aufrüstung“ nahe der Grenzen der Ukraine. „Es sind neue verschiedene Manöver rund um die Ukraine geplant, und parallel ertönt Drohrhetik“.

„Angesichts der Erfahrung mit der Anwendung von Gewalt gegen die Ukraine gibt dies Anlass zur Sorge“, betonte er.

Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz verbindliche Sicherheitsgarantien.

Unter anderem geht es darum, dass die Nato weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten in das Militärbündnis aufnehmen soll.

Die Krise hat in den letzten Wochen das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen zusätzlich belastet. In der vergangenen Woche kündigte US-Präsident Joe Biden an, zusätzliche Truppen nach Osteuropa zu entsenden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/05/3475388_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_c28760d3f52422100c26bfc0dda833ce.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Türkische Armee baut Präsenz im Nordirak aus**

Die türkische Armee festigt ihre Positionen in den Grenzgebieten des Iraks. Ohne Erlaubnis der irakischen Zentralregierung führt sie dort Militäroperationen gegen die von Ankara als Terrororganisation eingestufte PKK durch.

Die Türkei hat am Sonntag Videomaterial veröffentlicht, auf dem zu sehen ist, dass die Stellungen der türkischen Armee in den von Kurden besiedelten Gebieten im Norden des Iraks weiter gefestigt wurden, wie die irakisch-kurdische Nachrichtenagentur Rudaw berichtete. Die türkische Armee führt in dem Gebiet Operationen gegen die in der Türkei als Terrororganisation eingestufte Arbeiterpartei Kurdistans PKK durch, deren Stützpunkte sich in den abgelegenen Bergen der irakischen Autonomen Region Kurdistans befinden.

In dem vom türkischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Videomaterial ist zu sehen, wie die türkische Armee Bombardierungen mit schwerer Artillerie durchführt. Auch werden Spezialeinheiten gezeigt, die während einer Patrouille entlang einer Schlucht schwere Maschinengewehre einsetzen. Drohnen machten Aufnahmen von türkischen Militärbasen auf Gebirgshöhen, die von metertiefem Schnee umringt sind.

Derweil vertieft sich die politische Krise im Irak, wo seit den Wahlen im Oktober letzten Jahres immer noch keine neue Regierung gewählt wurde. Auch der Staatspräsident muss neu gewählt werden. Zeitgleich ist in der Region ein Wiederaufleben der Terroraktivitäten des sogenannten Islamischen Staates zu beobachten. Die Angriffe auf Sicherheitskräfte häufen sich.

Der türkische Einsatz im Norden des Iraks ist völkerrechtlich und politisch umstritten, da sich die türkische Armee ohne Erlaubnis der irakischen Regierung im Land aufhält. Ankara begründet den Einsatz mit dem Kampf gegen den Terrorismus, jedoch wird die türkische Militärpräsenz von Bagdad, der kurdischen Regionalregierung sowie vom Nachbarstaat Iran abgelehnt. Die Türkei führt seit Anfang der 1990er Jahre immer wieder Militäroperationen im Nordirak durch. Seit einigen Jahren ist die türkische Armee dazu übergegangen, durch die Errichtung von Militärstützpunkten eine längerfristige Präsenz aufzubauen.

Kurdische Medien berichten immer wieder von Bombardierungen der türkischen Armee. Dabei werden auch immer wieder zivile Ziele in Mitleidenschaft gezogen, so etwa am vergangenen Freitag, bei der zwanzig Bienenstöcke von Dorfbewohnern durch türkischen Artilleriebeschuss zerstört worden sein sollen. Jedoch bleibt es laut Berichten nicht immer bei materiellem Schaden. Es soll gelegentlich auch Verletzte und Todesopfer geben, deren Zahl

sich in den letzten Jahren laut Rudaw auf mehrere Dutzend belaufen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f820f448fbef54791393ce.jpg>

wpered.su: **„Wir müssen zu Subjekten des internationalen Rechts werden“. Boris**

Litwinow kommentierte die Initiative der KPRF über eine Anerkennung der LDVR

Mitte Januar haben Abgeordnete der Staatsduma von der KPRF vorgeschlagen, die Donezker und die Lugansker Volksrepublik anzuerkennen. Der Entwurf einer entsprechend Entschließung der Duma wurde von 11 kommunistischen Abgeordneten unter Führung des Vorsitzenden der Partei Gennadij Sjuganow in das Parlament eingebracht.

In dem Dokumente wird vorgeschlagen, den Präsidenten der RF Wladimir Putin aufzufordern, die Frage einer schnellstmöglichen Durchführung von Gesprächen mit der Führung beider Republiken „über die Schaffung rechtlicher Grundlage für zwischenstaatliche Beziehungen, die eine Regelung aller Aspekte der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe, einschließlich von Fragen der Sicherheit, gewährleisten“ zu behandeln.

Heute wurde bekannt, dass der Rat der Staatsduma den Antrag der Kommunisten am 14. Februar behandeln wird. „Antifaschist“ fragte den Vorsitzenden der kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow, ob die Abgeordneten den Vorschlag der Kommunisten unterstützen werden.

„Die Initiative der KPRF bewerte ich als lange reif zur Annahme. Die KPRF vertritt schon seit mehr als sieben Jahre die Position einer Anerkennung der DVR und der LVR. Aber jetzt übersteigt die Spannung der militärischen Konfrontation in der Welt alle zulässigen Werte. Es läuft die Herausbildung einer neuen Weltordnung und von Einflusszonen zwischen den großen Mächten. Und wir, der Donbass, sind eine der Kreuzungen auf dem Weg der verschiedenen Interessen. Aber das Volk des Donbass hat sein Interesse, seinen Willen beim Referendum des Jahres 2014 zum Ausdruck gebracht und verteidigt seit acht Jahre seinen Willen in Kämpfen und in der Arbeit. Unser Wille ist es, unsere Staatlichkeit zu stärken, die brüderlichen Beziehungen zu den Völkern Russlands zu entwickeln, eine Union von Staaten, die durch ein gemeinsames historisches Schicksal vereint sind und die bereit sind mit allen Völkern und Staaten in Frieden zu leben, wiederzubeleben, zu kämpfen und gemeinsam unsere Zukunft zu verteidigen. Aber auf diesem Weg müssen wir zu Subjekten des internationalen Rechts werden. Die Initiative des KPRF gibt uns die Hoffnung, selbständig unsere Zukunft bauen zu können. Für uns muss niemand die Entscheidung treffen, was wir bauen, mit wem wir befreundet sind, wie wir leben. Wir haben das durch unseren Kampf bewiesen und uns verdient, die Donezker und die Lugansker Volksrepublik zu sein“, sagte er in einem Kommentar für unser Portal.

Litwinow ist überzeugt, dass es in allen Fraktionen der Staatsduma Menschen gibt, die die Initiative der Kommunisten unterstützen, aber viele haben Angst, ihre Meinung ohne ein

entsprechendes Signal vom Präsidenten Russlands zu sagen.

„Und dennoch meine ich, dass es die Anerkennung geben wird. Einen anderen Weg gibt es weder für uns noch für die russische Führung. Eine Nichtanerkennung wird Empörung beim Volk Russlands und bei unseren Bürgern hervorrufen“, fasste er zusammen.

snanews.de: **88 Millionen Pfund zur Energieunabhängigkeit: Großbritannien kündigt Hilfen für die Ukraine an**

Großbritannien will der Regierung in Kiew finanzielle Assistenz in Höhe von 88 Millionen Pfund zur Förderung einer „stabilen Staatsführung“ und der „Energieunabhängigkeit“ leisten. Das teilte der Pressedienst des britischen Premierministers Boris Johnson am Dienstag mit. Durch die Gewährleistung von rund 105,3 Millionen Euro an die Ukraine erhoffe sich Großbritannien, seine bisherigen Bemühungen um die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung fortzusetzen, so die Mitteilung. Versucht werde zudem, die Abhängigkeit der Ukraine von russischen Energielieferungen zu verringern. Die Ankündigung kommt im Vorfeld des Besuchs des britischen Premiers in die Ukraine in Zusammenhang mit den Spannungen an der ukrainischen Grenze zu Russland zustande. Vor einem Jahr hatte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba erklärt, dass die Ukraine beabsichtigt, sich bis 2023 von den Energiesystemen Russlands und Weißrusslands abzukoppeln und sich dem EU-Stromversorgungssystem ENTSO-E anzuschließen. ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/01/5198916_0:0:2955:1663_1920x0_80_0_0_939f2f02e3ca10af8af5ac567d412089.jpg

de.rt.com: **EU-Energiekommissar Dombrovskis: Nord Stream 2 auf Eis gelegt**

Die EU-Staaten kämpfen weiterhin mit extrem hohen Gaspreisen und einer weiteren Verknappung des wertvollen Gutes. Unterdessen verzögert sich die Inbetriebnahme der europäisch-russischen Erdgaspipeline Nord Stream 2. Angeblich aufgrund bürokratischer Hürden.

EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis hat erklärt, dass die Nord Stream 2-Pipeline von der EU-Kommission "auf Eis gelegt" gelegt worden sei, da die EU sie auf ihre Vereinbarkeit mit der Energiepolitik des Blocks hin überprüfe. Er fügte hinzu, dass der Staatenblock alles in seiner Macht Stehende unternehme, um Moskau daran zu hindern, sein Gas als "Waffe" zu benutzen.

Dombrovskis sagte weiter, Nord Stream 2 entspreche nicht den langfristigen Energiezielen der EU zur Dekarbonisierung. Dabei verweise er auf die Pläne der EU, bis zur Mitte des Jahrhunderts Netto-Null-Emissionen zu erreichen.

Die Pipeline, die im vergangenen Jahr fertiggestellt wurde und jährlich 55 Milliarden Kubikmeter russisches Gas nach Europa liefern kann, wurde von den EU-Behörden noch immer nicht zertifiziert. Diese prüfen derzeit, ob Nord Stream 2 mit der geänderten EU-

Gasrichtlinie übereinstimmt, die vorschreibt, dass der Eigentümer der Pipeline diese entweder mit anderen Energieunternehmen teilen oder die Kontrolle über die Pipeline an eine dritte Partei abgeben muss.

Zwischenzeitlich hat die Nord Stream AG die Behauptung der EU angefochten, dass die Gasrichtlinie für die Pipeline gilt, die ein gemeinsames internationales Projekt des russischen Konzerns Gazprom und mehrerer europäischer Energiekonzerne ist.

Derweil verzögert sich die Zertifizierung von Nord Stream 2 weiter, während die EU mit hohen Gaspreisen zu kämpfen hat, die im vergangenen Jahr stark angestiegen sind und zeitweise 2.000 US-Dollar pro Kubikmeter erreichten.

Einige europäische Politiker sowie ihre US-amerikanischen Kollegen beschuldigten Russland in dieser Situation sehr schnell, die Gaslieferungen zu nutzen, um die EU inmitten der anhaltenden Krise um die Ukraine unter Druck zu setzen. Gleichzeitig war Europa jedoch nicht in der Lage, den Gasmangel durch den Kauf von verflüssigtem Erdgas (LNG) auszugleichen, da die Lieferungen im vergangenen Jahr angesichts der weltweiten Energieknappheit fast vollständig von den aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften aufgekauft wurden.

Während die USA Russland beschuldigten, für die Gasknappheit in Europa verantwortlich zu sein, war ihr Versuch, alternative LNG-Quellen für die EU zu finden, Berichten zufolge ergebnislos. Energieunternehmen aus aller Welt sollen Washington versichert haben, dass sie bereits an den Kapazitätsgrenzen arbeiteten. Moskau wies seinerseits alle Anschuldigungen zurück und betonte, dass es all seine Gaslieferverträge erfülle.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f8556bb480cc48ec6368df.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 31. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Ukraine dementiert Meldungen über Blut- und Medikamentenlieferung aus Russland an Landesgrenze

Unter Berufung auf US-Beamte hatte Reuters mitgeteilt, Russland liefere angeblich Blutkonserven und Medikamenten an die Grenze zur Ukraine. Jetzt dementiert Kiew diese Information und bezeichnete die Meldung als "Teil der psychologischen Kriegsführung". Am Samstag hat die stellvertretende Verteidigungsministerin der Ukraine Anna Maljar auf ihrer Facebook-Seite die Meldungen, dass Russland angeblich Blutkonserven und Medikamente an die Grenze zum Nachbarstaat liefere, eine Desinformation genannt. Solche Nachrichten seien der Beamtin zufolge ein Teil der psychologischen Kriegsführung: "Das Ziel solcher Informationen besteht darin, Panik und Angst in unserer Gesellschaft zu verbreiten."

Später bekräftigte das ukrainische Verteidigungsministerium die Aussagen von Maljar offiziell. Die Meldungen über solche Lieferungen seien durch Informationen aus Quellen in den zuständigen Behörden der Partnerstaaten nicht nachgewiesen, hieß es aus dem Zentrum für Operative Kommunikation des Ministeriums.

Am 28. Oktober hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf drei ehemalige und aktuelle US-Beamte mitgeteilt, Russland habe damit begonnen, Blutkonserven und Medikamente an die Grenze zur Ukraine zu liefern. Diese Lieferungen nannte Reuters einen weiteren Beweis dafür, dass sich Moskau auf einen "Einmarsch" in die Ukraine vorbereite. Zuvor hatte auch The Wall Street Journal eine angebliche Bereitschaft Russlands auf eine Invasion durch die Verlegung der Medizineinheiten an die Grenze bekräftigt.

Die Lage um die Ukraine-Krise hat sich in den vergangenen Wochen besonders zugespitzt. Seit Monaten werfen westliche Staaten und Kiew Russland vor, einen angeblichen Einmarsch in den Nachbarstaat vorzubereiten. Immer wieder erwiderte Moskau, es habe keine Pläne, andere Staaten anzugreifen. Die russischen Truppen würden sich ausschließlich auf dem russischen Territorium bewegen, hieß es wiederholt aus dem Kreml.

Letztlich änderte Kiew aber den Ton, nachdem die NATO angekündigt hatte, ihre militärische Präsenz in Osteuropa angesichts der "russischen Bedrohung" zu verstärken. Sowohl hohe ukrainische Beamte als auch Präsident Wladimir Selenskij persönlich versicherten in den vergangenen Tagen mehrmals, die Situation sei unter Kontrolle und an der Grenze zu Russland beobachte man nichts Bedrohliches. Diese Bemühungen der ukrainischen Führung um die Beruhigung der Bürger könnten nach Ansicht einiger Experten durch negative Auswirkungen der Meldungen über einen baldigen Krieg auf die ukrainische Wirtschaft erklärt werden. Am Freitag erklärte Selenskij darüber hinaus, der Westen würde "grundlose Kriegspanik schüren".



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f84a38b480cc48ac42adc8.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 31. Januar 3:00 Uhr bis 1. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung **Donezk**.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 3 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **EU-Sanktionen gegen Russland zielen auf Moskaus "strategische Ambitionen" ab**

Das geplante Sanktionspaket der EU gegen Russland könnte dem Land Güter vorenthalten, die Moskau zur Verwirklichung seiner strategischen Ambitionen benötigt. Das Paket werde die russische Wirtschaft und das Finanzsystem schwer belasten, heißt es aus Brüssel. In seinem Blogbeitrag wirft der Hohe Vertreter der EU für Außenpolitik Josep Borrell Moskau vor, einen "Nervenkrieg" zu führen und "in Europa ein Klima der Spannungen zu schüren". Moskau wird seit Monaten beschuldigt, 100.000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine stationiert zu haben und einen Angriff zu planen. Der Kreml weist diese Behauptung wiederholt zurück und auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij spielte die Anschuldigungen herunter. Angesichts der anhaltenden Spannungen und der vom Westen angeheizten Panik hat die EU ihre Rhetorik verschärft und versprochen, Russland im Falle einer Invasion mit einem Paket harter Maßnahmen zu treffen. Borrell schrieb in seinem Blog: "Im Rahmen unserer Arbeit zur Abschreckung haben wir mit den Vorbereitungen für eine hochwirksame Reaktion begonnen, die die russische Wirtschaft und das Finanzsystem schwer belasten würde."

"Wir erwägen auch Exportkontrollmaßnahmen, die eine längerfristige Wirkung haben würden, indem sie Russland Produkte vorenthalten, die es zur Verwirklichung seiner strategischen Ambitionen benötigt."

Die EU droht Moskau bereits seit einiger Zeit mit neuen Sanktionen. Vergangene Woche erklärte die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen dem US-amerikanischen Fernsehsender CNN, dass "nichts vom Tisch" sei, wenn es um Maßnahmen gehe. Dies beinhalte auch einen Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT und einen vollständigen Stopp der Nord Stream 2-Gaspipeline.

Borrell hob jedoch hervor, er habe keine weiteren Informationen, die auf eine bevorstehende russische Invasion in der Ukraine hindeuten würden. Er erklärte:

"Ich glaube nicht, dass es irgendetwas Neues gibt, das das Gefühl der Angst vor einem unmittelbaren Angriff verstärken könnte."

Moskau versuche jedoch, "Trennlinien auf unserem Kontinent neu zu schaffen", so der EU-Politiker.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f8d9f8b480cc255d5f9a3c.jpg>

snanews.de: **WHO besorgt über Zunahme medizinischer Abfälle in der Corona-Pandemie**

Die WHO hat am Dienstag eine Analyse zur Situation rund um medizinische Abfälle im Kontext der globalen Pandemie veröffentlicht und Maßnahmen zum Schutz von Mensch und

Natur gefordert.

„Die Covid-19-Pandemie hat zu einem starken Anstieg der Abfälle im Gesundheitswesen geführt, die Gesundheitseinrichtungen mit unzureichenden Ressourcen belastet und die Umweltauswirkungen fester Abfälle verschärft“, so die WHO in einer offiziellen Mitteilung. Die benannten Abfälle bestehen vor allem aus Impf-Utensilien, Schutzanzügen und Test-Kits, die oft schlecht entsorgt werden. Nach Angaben der WHO fielen durch die weltweit durchgeführten Impfungen seit Beginn der Pandemie mindestens 144.000 Tonnen gebrauchter Nadeln, Spritzen und Sammelbehältern an. Hinzu kommen 87.000 Tonnen Schutzbekleidung, die allein von den Vereinten Nationen zwischen März 2020 und November 2021 ausgeliefert wurden. Coronatest verursachten weitere 2600 Tonnen Müll und 731.000 Liter chemischer Abfälle.

Die Schätzungen bezogen sich nicht auf entsorgte Schutzmasken aus dem Privatgebrauch. Es fehlen weltweit sichere Entsorgungsstrategien für Abfälle aus dem Gesundheitswesen, insbesondere in Entwicklungsländern. Die aktuellsten verfügbaren Daten der WHO belegen, dass bereits 2019 ein Drittel aller Gesundheitseinrichtungen nicht in der Lage waren, ihren Müll fachgerecht zu entsorgen.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0b/1d/4504062_0:461:2823:2048_1920x0_80_0_0_0ec3cd5b2d161e067d18b6b36bc5eb3a.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 1. Februar um 9:00 Uhr 22.810 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
782 Personen sind derzeit erkrankt, 18.852 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3176 Todesfälle.

de.rt.com: **Soros vergleicht Olympia in Peking mit Berlin 1936 – und ruft zu Regimewechsel in China auf**

George Soros hat den chinesischen Präsidenten Xi Jinping als "die größte Bedrohung für die offenen Gesellschaften" der Welt bezeichnet und seine Ablösung gefordert. Er verglich Olympia in Peking mit den Spielen 1936 in Nazideutschland.

In einer Rede anlässlich der Eröffnung des Forums "China am Vorabend der Olympischen Winterspiele: Schwere Entscheidungen für die Demokratien der Welt" der Hoover Institution am Montag nannte US-Investor und Milliardär George Soros China den "mächtigsten autoritären Staat der Welt" und "die größte Bedrohung, der offene Gesellschaften heute ausgesetzt sind". Er räumte ferner ein, Peking werde "wie Deutschland im Jahr 1936" versuchen, "das Schauspiel" der bevorstehenden Olympischen Spiele zu nutzen, "um einen Propagandasieg für sein System der strengen Kontrollen zu erringen".

Den chinesischen Staatschef Xi Jinping bezeichnete der gebürtige Ungar im Gegensatz zum

früheren Staatsoberhaupt Deng Xiaoping als einen "wahren Gläubigen des Kommunismus" und warnte, dass "Mao Zedong und Wladimir Lenin seine Vorbilder sind". Der 91-Jährige schloss seine Rede mit der Forderung nach einem Regimewechsel in China – eine Forderung, die sich mit der aktuellen Linie vieler US-Konservativer deckt, die sich ebenfalls gegen Xis Führung aussprechen. Soros sagte:

"Es ist zu hoffen, dass Xi Jinping durch jemanden ersetzt werden kann, der im Inland weniger repressiv und im Ausland friedlicher ist."

Dies würde die größte Bedrohung beseitigen, der offene Gesellschaften heute ausgesetzt seien. Diese sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um China zu ermutigen, sich in die gewünschte Richtung zu bewegen, erklärte der Milliardär.

Die Olympischen Winterspiele finden vom 4. bis zum 20. Februar 2022 in Peking statt. Zuvor hatten sich die USA und mehrere andere westliche Länder aufgrund angeblicher Menschenrechtsverletzungen in China geweigert, hochrangige Beamte zu den Spielen zu entsenden. Athleten aus dem Westen, darunter ein Team aus den USA, werden jedoch an den Olympischen Spielen teilnehmen. Das chinesische Außenministerium verurteilte den diplomatischen Boykott der Spiele und erklärte, dass dieser "die politische Neutralität des Sports verletzen" würde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f8cc71b480cc243e2da0c5.jpg>

Mzdnr.ru: Am 31. Januar wurden in der DVR 4697 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1127 positiv, bei 11 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 94 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 47 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 69 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 665 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 363 mit Sauerstoffunterstützung (+16 in den letzten 24 Stunden).

Am 1. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 126.106 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6560 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.991 als gesund entlassen, es gibt 9555 Todesfälle.

de.rt.com: **China: Wind- und Solarenergie liefern mehr als die Hälfte der zusätzlichen Stromkapazität des Landes**

Die chinesische Führung hält an ihren Plänen für den Ausbau des Anteils nicht-fossiler Brennstoffe am Gesamtenergieverbrauch des Landes fest. Chinesischen Behörden zufolge machten Wind- und Solarparks mehr als die Hälfte der zusätzlichen Stromkapazität des Landes aus.

Chinas Nationale Energiebehörde hat bekannt gegeben, dass 2021 das fünfte Jahr in Folge war, in dem die neu installierten Wind- und Solarparks im ganzen Land mehr als 50 Prozent der zusätzlichen Stromkapazität ausmachten.

Statistiken zeigen, dass Chinas neue Solarparks im vergangenen Jahr eine Rekordleistung von 54,9 Gigawatt hinzugefügt haben, das sind 14 Prozent mehr als im Jahr 2020. Das Wachstum der Windkraftkapazität ging jedoch um ein Drittel auf 47,6 Gigawatt zurück, nachdem im Jahr 2020 ein Rekord von 71,7 Gigawatt erreicht worden war. Der Rückgang ist auf das Auslaufen der Subventionen für Onshore-Windparks zurückzuführen.

Das kombinierte Installationsvolumen von Chinas Wind- und Solarparks mit einer möglichen Leistung von 102,5 Gigawatt im vergangenen Jahr machte 58 Prozent der zusätzlichen Stromkapazität im Land aus, verglichen mit 63 Prozent im Jahr 2020 und zwischen 51 und 55 Prozent von 2017 bis 2019.

Laut der South China Morning Post erklärte Miaoru Huang, die Direktorin der Forschungsabteilung für Energie- und Rohstoffe bei der Consultingfirma Wood Mackenzie: "China mag kurzfristig auf die Stabilisierung der Kohleversorgung zurückgegriffen haben, und das Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Energiezielen ist immer noch eine Herausforderung, aber das bedeutet nicht, dass es von seinen langfristigen Klimaschutzzielen abweicht."

Sie prognostizierte, dass das Land bis 2022 fast 120 Gigawatt an neuen Solar- und Windkapazitäten hinzufügen wird, was einem Anstieg von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

China will bis 2030 eine Gesamtkapazität von 1.200 Gigawatt an Wind- und Solarenergie erreichen, fast doppelt so viel wie die 635 Gigawatt, die Ende letzten Jahres vorhanden waren. Außerdem soll der Anteil nicht-fossiler Brennstoffe am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 auf 25 Prozent steigen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f8e9e7b480cc251f7a7384.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR um 10:00 Uhr In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Kämpfer der 56. Brigade haben von den Positionen in Peski aus das Gelände des Volvo-Zentrums in Donezk mit Unterlaufgranatwerfern beschossen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer der 25. Luftlandebrigade einen Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Nowobachmutowka stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE.

So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 36. Brigade zu verhindern, eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Wodjanoje zu blockieren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 22 vom 31.01.2022 bestätigt.

snanews.de: **Russland „kriecht nicht zu Kreuze“ wegen angedrohter US-Sanktionen – Botschaft**

Russland verzichtet nicht auf seine Interessen angesichts US-amerikanischer Bedrohungen. Darauf verwies die russische Botschaft in Washington.

„Nicht Moskau, sondern Washington erzeugt Spannungen. Wir beabsichtigen nicht, angesichts der Androhung von amerikanischen Sanktionen zu Kreuze zu kriechen oder Spalier zu stehen“, heißt es in der Erklärung der diplomatischen Vertretung auf Facebook.

Gerade die USA hätten „den radikal-nationalistischen Staatsstreich in Kiew begünstigt, infolge dessen die Krim-Bewohner in die Gefahr einer Vernichtung gerieten und für die Wiedervereinigung mit Russland votierten“, wurde betont. Die Diplomaten verwiesen darauf, dass Washington die ukrainischen Behörden mit modernen Angriffswaffen versorge, indem es sich „dem Bestreben der Regierung von Wladimir Selenski nach einer gewaltsamen Lösung des Donbass-Problems anschließt“.

Die russischen Diplomaten beschuldigten ferner die USA, „in Verletzung des Prinzips der Unteilbarkeit der Sicherheit mit ihrer militärischen Infrastruktur den russischen Grenzen sehr nahe gekommen zu sein“. In der Erklärung heißt es auch, dass Russland das souveräne Recht besitze, die Streitkräfte auf seinem Territorium zu bewegen, was für niemanden eine Bedrohung darstelle.

Ukraine-Frage

Westliche Länder drohen Russland mit „beispiellosen Sanktionen“ im Falle einer Eskalation des Konfliktes in der Ukraine. Washington und Brüssel beschuldigen Moskau der Vorbereitung einer „Invasion“ und einer Zusammenziehung russischer Truppen an der Grenze zu einem Nachbarstaat. Vor diesem Hintergrund verstärkt die Nordatlantische Allianz ihre Präsenz in Osteuropa.

Moskau weist die Vorwürfe zurück und betont, dass die Truppenbewegungen innerhalb des eigenen Territoriums Russlands erfolgen. Die russische Seite verweist auch darauf, dass die Ukraine die Minsker Vereinbarungen nicht einhalte, die den Waffenstillstand und den Abzug schwerer Waffen von der Berührungslinie vorsehen.

Kiew hat jetzt die Hälfte des Personalbestandes der Armee an den Grenzen zu den selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk konzentriert und nimmt regelmäßig Volksmilizen unter Beschuss. Zum Einsatz kommen dabei unter anderem verbotene Waffen wie die Panzerabwehrraketensysteme Javelin und Angriffsdrohnen Bayraktar.

Der Kreml und das russische Außenministerium haben wiederholt erklärt, dass es das Ziel von Falschinformation sei, die Masse fremder Truppen vor den Grenzen Russlands aufzustocken. Die Hauptursache für die Eskalation in der Ukraine seien Handlungen der USA und der Nato, die Militärberater sowie Waffen und Kampftechnik in dieses Land schickten, die Anzahl an Militärübungen vergrößerten und Kiew damit zu militärischen Abenteuern anstifteten, heißt es.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/06/4228839_0:18:3073:1746_1920x0_80_0_0_8d03485c902cf952dc3ef9505942c000.jpg

Armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Vertreter der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin am 1. Februar 2022**

Die Lage im Donbass bleibt nach wie vor angespannt und hat eine Tendenz zur weiteren Verschärfung.

Nach Angaben unserer geheimdienstlichen Aufklärung **hat der ukrainische Generalstab die Erarbeitung eines Plans für eine Angriffsoperation im Donbass abgeschlossen**. Über dessen Erstellung haben wir bereits berichtet.

In dieser Woche soll eine Sitzung unter Leitung von General Schaptala, des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, unter Beteiligung des Kommandeurs der Operationen der vereinigten Kräfte der Ukraine General Pawljuk und der Kommandeure der operativ-taktischen Gruppierungen „Nord“ und „Ost“, den Generalen Krasilnikow und Tarnawskij, stattfinden, bei der der Plan zur ukrainischen Aggression gegen die unabhängigen Republiken vorgestellt werden wird. Im Weiteren soll dieser Plan vom Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine gebilligt werden.

Die Aufklärung der Volksmiliz der DVR stellt weiter **aktive Handlungen des Gegners zur Schaffung von Schlaggruppierungen und deren Vorbereitung auf Angriffshandlungen** fest.

Nach uns vorliegenden Informationen wird in der nächsten Zeit die 14. mechanisierte Brigade der ukrainischen Streitkräfte (Kommandeur – Oberst Wojtschenko) aus dem ständigen Stationierungspunkte in Wladimir-Wolynskij in die Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte geschickt. Derzeit werden die Einheiten der Brigade mit zusätzlichem Personal, Treibstoff, Waffen, Munition und anderen Materialien versorgt. Das Kommando der 14. mechanisierten Brigade hat Anträge auf Zuteilung von Kapazitäten an der Eisenbahnstation zum Transport von 30 Panzer und 100 Stück anderer gepanzerter Militärtechnik gestellt.

Außerdem stellen wir eine **Zunahme der Intensität der Flüge ukrainischer Drohnen** an allen Abschnitten der Kontaktlinie fest. Wir meinen, dass das Kommando der OOS so versucht, **Aufklärung unserer Positionen im vorderen Verteidigungsgebiet** im Rahmen der Ermittlung von Zielen und deren Angriff zu betreiben.

Wir erinnern daran, dass Aufklärung und Einsatz von Drohnen eine direkte Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung sind.

In **Richtung Gorlowka** sind in der 95. Luftsturmbrigade **vier Aufklärungs- und Diversiongruppen mit jeweils 12-14 Mann eingetroffen**. Diese Gruppen wurden auf Basis des 184. Ausbildungszentrums in der Oblast Lwow ausgebildet, wo sie praktische Aktivitäten

zur Führung von Kampfhandlungen unter städtische Bedingungen erarbeitet haben. Ihre Ausbildung erfolgte durch britische Instrukteure aus der Trainingsmission „Orbital“. Außerdem haben auf Basis dieses Ausbildungszentrums seit dem 25. Januar britische Instrukteure mit einem Wochenkurs mit Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zur Anwendung von Antipanzerraketenkomplexen „NLAW“ begonnen.

Ich erinnere daran, dass im Januar dieses Jahres Antipanzergrenatwerfer „NLAW“ von Großbritannien an die Ukraine im Rahmen der Lieferung tödlicher Waffen übergeben wurden. Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hat diese Antipanzerkampfmittel in die Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte im Donbass geschickt.

Leider sind wir gezwungen zu konstatieren, dass die Lieferung von Waffen aus NATO-Ländern in die Ukraine weitergeht. Allein in der letzten Woche wurden etwa 200 Tonnen tödliche Waffen, darunter 300 Antipanzerkomplexe „Javelin“ mit Transportflugzeugen aus den USA geliefert.

Wir meinen, dass deren Lieferung an die Ukraine ausschließlich eine Eskalation des Konflikts befördern wird und zu einem Beginn aktiver Kampfhandlungen führen kann.

Vor dem Hintergrund dessen, dass die Vereinigten Staaten und eine Reihe von NATO-Ländern das Kiewer Regime zu einer Aggression gegen die unabhängigen Republiken provozieren, begrüßen wir die Entscheidung einzelner europäischer Länder, Kiew keine Waffen und Munition zu liefern.

Wir rufen die Länder des Westens und die internationalen Organisationen, die die ukrainische Aggression gegen den Donbass finanzieren, auf, die Lieferung tödlicher Waffen zu beenden und Kiew zu zwingen, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Im Fall einer Fortsetzung dieser Lieferungen behalten wir uns das Recht vor, uns an die Russische Föderation und andere Länder zu wenden, dass sie uns militärische und militärisch-technische Hilfe leisten. Die Volksmiliz verfolgt weiter die Änderungen der Lage, wir werden Sie über alle wichtigsten Änderungen informieren.

de.rt.com: **USA: Hassverbrechen gegen Asiaten um 339 Prozent gestiegen**

Einem neuen Bericht zufolge ist die Zahl der Hassverbrechen gegen Asiaten in den Vereinigten Staaten im Jahr 2021 um 339 Prozent gestiegen. Dabei wurden die meisten Fälle aus Los Angeles und New York City gemeldet.

Das US-amerikanische Zentrum für die Erforschung von Hass und Extremismus (CSUSB) stellte am Montag fest, dass die Zahl rassistisch motivierter Straftaten gegen Asiaten im Jahr 2021 sprunghaft angestiegen ist, wobei Los Angeles allein im vergangenen Jahr "die meisten Hassverbrechen aller US-Städte in diesem Jahrhundert" verzeichnete.

An zweiter Stelle steht New York City, wo die Zahl der gemeldeten Hassverbrechen gegen Asiaten um 343 Prozent von 30 auf 133 Fälle gestiegen ist. In San Francisco stieg die Zahl der Hassverbrechen gegen Asiaten im Jahr 2021 um enorme 567 Prozent – von neun auf 60 Vorfälle. Bereits im Jahr 2020 waren die Hassverbrechen gegen Asiaten in den gesamten USA im Vergleich zum Vorjahr um 124 Prozent gestiegen.

Der Präsident von Asian Americans Advancing Justice (AAJC) John C. Yang bestätigte in einer Erklärung:

"Berichte über einen Anstieg von Hass gegen Asiaten im Jahr 2021 sind leider keine Überraschung."

"Unsere Gemeinschaften werden immer noch angegriffen und wir müssen unsere Bemühungen fortsetzen, um gegen anti-asiatischen Hass vorzugehen."

Die gemeinnützige Organisation Stop AAPI Hate behauptete vergangenes Jahr, dass in den USA seit Beginn der COVID-19-Pandemie mehr als 9.000 Vorfälle von gegen Asiaten registriert worden seien.

Etwa 48 Prozent der Fälle betrafen Berichten zufolge "mindestens eine hasserfüllte Äußerung in Bezug auf chinefeindliche und/oder einwanderungsfeindliche Rhetorik", während 8,5

Prozent der Vorfälle darin bestanden, "angehustet oder angespuckt" zu werden. In fast einem Prozent der Fälle wurden die Opfer von den Angreifern mit der Kommunistischen Partei Chinas in Verbindung gebracht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f8fadab480cc3c0705ff85.jpg>

nachmittags:

snanews.de: **Keine Antwort zu Sicherheitsgarantien an USA geschickt: Russisches Außenamt dementiert Gerüchte**

Russland hat den USA noch keine Antwort zum Thema der Sicherheitsgarantien übermittelt, teilte der stellvertretende Außenminister Russlands, Alexander Gruschko, gegenüber SNA mit.

Zuvor hieß es beim US-Außenministerium, Moskau habe auf die Vorschläge aus Washington reagiert, aber es wäre unproduktiv, Verhandlungen im öffentlichen Raum zu führen, weshalb noch keine Details publik gemacht würden.

„Das (...) entspricht nicht der Wirklichkeit“, kommentierte Gruschko die Aussage des US-Außenministeriums.

Laut einer ranghohen diplomatischen Quelle sei Russland noch dabei, eine „zusammengefasste“ Antwort an die USA und die Nato vorzubereiten. Die Quelle bestätigte, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow ein Schreiben an westliche Kollegen, darunter an US-Außenminister Antony Blinken, gerichtet hat. Aber das Schreiben betreffe die Auffassung zum Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit und sei an sich noch keine Antwort, sagte der Diplomat.

Ukraine-Frage und Verhandlungen mit Westen

In den letzten Monaten haben Washington und Brüssel Moskau der Vorbereitung einer „Invasion“ in die Ukraine beschuldigt und ihre Präsenz in Osteuropa verstärkt. Russland weist die Vorwürfe zurück und betont, dass die Truppenbewegungen innerhalb des russischen Territoriums erfolgen.

Russland verweist darauf, dass es keine eigene Partei im innerukrainischen Konflikt sei und keine Vereinbarungen verletze, während Kiew die Minsker Abkommen nicht einhalte. Das genannte Dokument sieht einen Waffenstillstand, den Abzug schwerer Waffen von der Berührungslinie und eine Verfassungsreform vor.

Dabei hat die ukrainische Führung die Hälfte des Personalbestandes der Armee vor den Grenzen zu den selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk konzentriert und nimmt regelmäßig Volksmilizen unter Beschuss. Zum Einsatz kommen unter anderem verbotene Waffen.

Der Kreml und das russische Außenministerium haben wiederholt erklärt, dass es das Ziel der

Falschinformationen über die „russische Aggression“ sei, die Gruppierung fremder Truppen vor den Grenzen Russlands aufzustocken. Die Hauptursache für die Eskalation in der Ukraine seien Handlungen der USA und der Nato, die Waffen in dieses Land schickten und Kiew damit zu militärischen Abenteuern anstifteten, heißt es.

Vor diesem Hintergrund hatte Moskau Brüssel und Washington Ende vergangenen Jahres Dokumententwürfe über Sicherheitsgarantien unterbreitet. Der Kreml besteht darauf, dass die Nato die militärische Zusammenarbeit mit postsowjetischen Ländern einstelle, auf die Einrichtung von Militärbasen auf ihren Territorien verzichte, die Stationierung von Angriffswaffen vor der russischen Grenz reduziere, die in Europa stationierten US-Atomwaffen abziehe und die Nato nicht nach Osten erweitern solle.

Russland hat am 26. Januar eine schriftliche Antwort der westlichen Partner erhalten. Laut dem russischen Außenministerium wird darin die wichtigste Frage – die der Nichterweiterung der Nato – ignoriert. Bei der Behörde hieß es, .



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/1b/1880962_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_cc13d031c81cb2d3956382858ae69145.jpg

deu.belta.by: **Litauen stoppt belarussischen Kali-Transit: Premierminister droht mit harten Gegenmaßnahmen**

Der belarussische Premierminister Roman Golowtschenko erklärte vor Journalisten, welche Gegenmaßnahmen Belarus ergreifen wird, nachdem Litauen den belarussischen Kali-Transit eingestellt hat.

„In der Tat lässt Litauen unsere Züge nicht rein, die den belarussischen Kali zum Hafen von Klaipeda für das weitere Umladen geliefert haben. Die symmetrischen Gegenmaßnahmen werden Litauen hart treffen. Die Entscheidung wurde gefällt. Der litauische Eisenbahnverkehr wird davon den größten Schaden tragen“, sagte Golowtschenko. „Wir haben unseren litauischen Kollegen einen Dialog angeboten, um dieses Problem zu besprechen. Die Türen stehen offen. Wir haben Litauen angeboten, auf dem rechtlichen Weg Konsultationen durchzuführen und unsere weitere Kooperationsstrategie festzulegen. Unserer Meinung nach hat Litauen mit dieser einseitig getroffenen Entscheidung gegen das internationale Eisenbahnabkommen verstoßen und erst recht gegen jene Bestimmungen, die den Warentransit für Binnenstaaten regeln. Wir haben eine Lösung vorgeschlagen. Sollten wir in den nächsten Tagen keine Antwort erhalten, werden wir Gegenmaßnahmen ergreifen müssen.“

Von der Entscheidung, den belarussischen Kali-Transit zu stoppen, trägt vor allem die litauische Wirtschaft Verluste, und zwar der Transportsektor (Eisenbahn, Hafen). „Wir haben uns lange darauf vorbereitet und unsere Lieferungen umorientiert. Logistisch gesehen machen wir einen „längeren Bogen“ über Russland, unsere Hersteller verlieren in puncto Grenzkosten, aber diese Verluste können durch den wachsenden Weltmarktpreis ausgeglichen

werden.

Deshalb haben wir im Grunde nichts verloren. Die litauische Wirtschaft ganz im Gegenteil. Außerdem werden wir Litauen eine Geldbuße auferlegen für die einseitige Kündigung aller Lieferverträge. Entsprechende Klagen wurden beim Gericht eingereicht. Wir werden noch den entgangenen Gewinn geltend machen. Das sind große Summen“, sagte Golowtschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1643719378_59656_big.jpg

snews.de: **Russlands UN-Botschafter: US-Vorwürfe in Ukraine-Krise sind „Einmischung“**

Die Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats haben in einer Abstimmung die Abhaltung eines von den USA initiierten Treffens zur Situation um die Ukraine unterstützt. Der russische UN-Botschafter, Wassili Nebensja, bezeichnete die Vorwürfe eines angeblichen Einmarsches in die Ukraine als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes.

Wassili Nebensja wies darauf hin, dass die USA in ihrem Vorschlag zur Einberufung der Sitzung „die Position der russischen Truppen auf russischem Territorium als Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit“ dargestellt hätten. Dies würde eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands darstellen, da es um Truppenbewegungen innerhalb der Landesgrenzen gehe.

„Dies ist nicht nur eine inakzeptable Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Staates, sondern auch ein Versuch, die internationale Gemeinschaft über die wahre Situation in der Region sowie die Ursachen der bestehenden globalen Spannungen in die Irre zu führen“, betonte Nebensja.

Der russische Diplomat verwies darauf, dass sein Land alle Vorwürfe, eine Invasion zu planen, strikt zurückweise. Somit basiere der Vorschlag lediglich auf „Spekulationen und grundlosen Anschuldigungen“.

Der Westen verbreite Propaganda und betreibe eine „Megafon-Diplomatie“.

Die Einberufung der Sitzung sei ein weiterer Versuch der USA, „Hysterie rund um die eigenen Behauptungen“ zu verbreiten, der „unsere Kollegen im Sicherheitsrat in eine äußerst unangenehme Situation bringt“. „Das Speisen der Hysterie“ sei dabei auch für die Ukraine schädlich. Der Sicherheitsrat könne nicht als Tribüne für solche Auseinandersetzungen verwendet werden.

Nebensja zur angeblich geplanten Invasion

„Unsere westlichen Kollegen sprechen von der Notwendigkeit einer Deeskalation, aber verstärken in erster Linie selbst die Anspannungen durch ihre Rhetorik und provozieren eine Eskalation“, so Nebensja.

Es scheine, als würden westliche Länder auf eine Eskalation der Situation warten, trotz

wiederholter Widerlegung der Vorwürfe seitens Russlands. Kein einziger russischer Politiker habe je eine Drohung über eine geplante Invasion in die Ukraine ausgesprochen.

„Ich möchte nicht nur unseren US-Kollegen eine Frage stellen, sondern auch denen, die dies erwähnt haben – woher stammt die Zahl von 100.000 Soldaten, die sich, wie Sie behaupten, an der russisch-ukrainischen Grenze befinden (obwohl dies nicht der Fall ist)? Wir haben diese Zahl nirgends genannt oder bestätigt“, resümierte der Diplomat.

Die russischen Truppen würden sich an ihren früheren Stationierungsorten aufhalten, nicht in der Nähe der Grenze.

Verhandlungen Moskaus mit der NATO und den USA über Sicherheitsgarantien in Europa seien oft mit dem angeblich geplanten Angriff in Verbindung gebracht worden, ein Scheitern der Verhandlungen würde allerdings keinesfalls zu einem Angriff führen. Nebensja betonte, dass er eine solche Möglichkeit ausschließe.

Die USA hatten ein Treffen im Sicherheitsrat angefragt, und zwar wegen einer angeblichen russischen Invasion in der Ukraine. Der russische UN-Botschafter bat um eine Verfahrensabstimmung zu dem Treffen. Es wurde beschlossen, dass die Sitzung stattfinden wird – zehn Mitglieder des UN-Sicherheitsrats stimmten dafür, Russland und China dagegen, drei weitere Länder enthielten sich. Bei prozeduralen Angelegenheiten haben die fünf ständigen Mitglieder kein Vetorecht – Entscheidungen können dann nur mit einer Mehrheit von mindestens neun Stimmen getroffen werden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/10/3606010_0:115:1944:1209_1920x0_80_0_0_6c84b2b714f749f9220c454ab49743a1.jpg

dnronline.su: Das Staatssicherheitsministerium hat mit Unterstützung des Innenministeriums der DVR einen Terrorakt ukrainischer Spezialdienste am Gebäude der Verwaltung des Kiewskij-Bezirks von Donezk verhindert.

Heute, am 1. Februar, ist über E-Mail eine anonyme Mitteilung über die Verminung des Gebäudes eingegangen. In kürzester Frist haben Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane und des Zivilschutzministeriums der DVR die Beamten der Verwaltung des Kiewskij-Bezirks evakuiert.

Bei einer Untersuchung des Gebäudes wurde eine selbstgebaute Sprengeinrichtung gefunden. Diese Einrichtung, die aus vier 400-Gramm-Sprengstoffpaketen und vier elektrischen Zündern sowie Splitterelementen bestand, sollte durch den Anruf auf einem Mobiltelefon ausgelöst werden.

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums haben die Sprengeinrichtung vor Ort vernichtet.

snanews.de: „Wir brauchen russisches Gas“: Unternehmen Eon warnt vor Energieversorgungs-krise

Die Bundesrepublik bleibt weiterhin auf russisches Gas angewiesen. Das sagte der Vorstandschef von Deutschlands größtem Energieanbieter „Eon“, Leonhard Birnbaum, am Montag vor Wirtschaftsvertretern. Die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 wollte er vor diesem Hintergrund jedoch nicht bewerten. Dies sei Aufgabe der Politik.

Deutschland werde auch weiterhin russisches Erdgas benötigen. Davon geht Leonhard Birnbaum aus, Vorstandsvorsitzender des Dax-Konzerns „Eon“ mit Sitz in Essen. Wenn die Gaspreise sinken sollen, müsse mehr Pipelinegas nach Europa kommen, auch aus Russland, sagte er am Montagabend gegenüber der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung.

„Wir glauben, wir brauchen russisches Gas“, sagte der Vorstandschef von Deutschlands größtem Energieversorger. „Insbesondere, wenn wir jetzt auch noch mehr auf Gas setzen, weil wir die Kohle abschalten wollen. Dann sollten wir nicht darüber nachdenken, wie wir das ohne russisches Gas machen.“

Zur Frage, ob Deutschland für seine Energieversorgung Nord Stream 2 brauche, sagte Birnbaum: „Energiewirtschaftlich ist Nord Stream 2 hilfreich. Politisch kann die Bewertung anders ausfallen. Das muss in der Politik dann diskutiert werden.“

Grundsätzlich sei Pipelinegas günstiger als verflüssigtes Erdgas (LNG), erklärte der Eon-Chef. „Wenn wir auf LNG angewiesen sind, werden die Gaspreise in Europa deutlich höher sein als in der Vergangenheit“, fügte er hinzu. „Wenn die Preise sinken sollen, dann muss dazu mehr Pipelinegas nach Europa kommen. Das erfordert auch natürlich Importe aus Russland, ganz klar. Ich hoffe, dass sich trotz der momentanen Spannungen am Ende ein vernünftiger Ausgang ergibt.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/1c/4489693_0:320:3071:2047_1920x0_80_0_0_bea38738920b127d1b557a9cd0597436.jpg

snanews.de: **Kreml nennt Themen der Verhandlungen zwischen Putin und Orban**

Russlands Präsident Wladimir Putin und der ungarische Premierminister Victor Orban werden Hauptprobleme der europäischen Sicherheit, regionale Konflikte und bilaterale Beziehungen besprechen, teilte der Pressesekretär des russischen Staatschefs, Dmitri Peskow, am Montag mit.

„Ungarns Premierminister Orban wird sich zu einem Arbeitsbesuch bei Putin aufhalten. Das ist ein wichtiger Besuch, besonders zum heutigen Zeitpunkt. Er ist wichtig vom Standpunkt der guten Möglichkeit, Meinungen zu den wichtigsten Problemen der Sicherheit auf dem Europäischen Kontinent und zu regionalen Konflikten auszutauschen sowie die aktuelle Lage und die Entwicklungsperspektive für die bilateralen Beziehungen zu besprechen“, sagte der Kreml-Sprecher.

Im Kreml wird nicht ausgeschlossen, dass der Präsident das Thema der Antwort Russlands zu Sicherheitsgarantien an die USA ansprechen wird.

Laut Peskow wird dieses Thema vermutlich so oder anders behandelt. „Wollen wir erstmal

abwarten, bis die Pressekonferenz beginnt“, sagte der Kreml-Sprecher. Moskau hatte Ende vergangenen Jahres Dokumententwürfe zu Sicherheitsgarantien an Brüssel und Washington gerichtet. Der Kreml besteht darauf, dass die Nato die militärische Zusammenarbeit mit postsowjetischen Ländern einstelle, auf die Einrichtung von Militärbasen auf ihren Territorien verzichte, die Stationierung von Angriffswaffen vor der russischen Grenze reduziere, US-amerikanische Atomwaffen aus Europa abziehe und die eigenen Grenzen nicht nach Osten ausdehne. Ende Januar erhielt Russland eine schriftliche Antwort auf seine Vorschläge. Wie es im russischen Außenministerium hieß, haben die westlichen Partner die wichtigste Frage – die der Nichterweiterung der Nato – ignoriert. Die Behörde werde in nächster Zeit darauf reagieren, hieß es.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/01/5203759_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_551a04159ac20bd913857866967a22a0.jpg

snanews.de: **USA wollen Moskau-Besuch von Brasiliens Präsident Bolsonaro verhindern – Bericht**

Die Vereinigten Staaten setzen den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro unter Druck, damit er seine für Mitte Februar geplante Reise nach Russland angesichts der Spannungen rund um die Ukraine absagt. Dies hat die Zeitung „Folha de Sao Paulo“ am Montag unter Verweis auf eigene Quellen berichtet.

„Der US-Außenminister Antony Blinken hat während eines Telefongesprächs an diesem Sonntag mit Bundeskanzler Carlos França erneut Bedenken geäußert, dass Bolsonaros Reise nach Russland als Zeichen dafür interpretiert werden könnte, dass Brasilien in dem Konflikt Partei ergreift“, schrieb die Zeitung unter Berufung auf die Quellen im brasilianischen Außenministerium.

Die gleiche Botschaft sei auch an Argentinien übermittelt worden, dessen Präsident Alberto Fernández diese Woche Russland besuchen werde, hieß es.

Obwohl es in den Gesprächen keine explizite Aufforderung gegeben habe, die Tagesordnung zu ändern, würden die US-Argumente deutlich machen, dass Washington daran arbeiten würde, dass die Reise nicht stattfinden oder zumindest verschoben werde.

Zugleich hätten die Quellen festgestellt, dass die brasilianische Führung nicht beabsichtige, die Reise nach Moskau abzusagen, da „bei den Treffen des Präsidenten eine umfangreiche Agenda der bilateralen Beziehungen zwischen Brasilien und Russland, Partnern in den BRICS, erörtert wird, welche nichts mit der geopolitischen Lage in Osteuropa zu tun hat“.

Ukraine-Frage

In letzter Zeit haben die westlichen Staaten ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine zum Ausdruck

gebracht. Moskau weist alle Vorwürfe zurück und betont, dass Russland seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlegen würde. Der Kreml und das Außenministerium haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel der Geschichten über eine mögliche „russische Aggression“ darin bestehe, eine Gruppierung der Nato nahe der russischen Grenze aufzubauen.

Der Hauptgrund für die Eskalation in der Region sind aus Moskaus Sicht die Aktionen der USA und der Nato, welche Militärausbilder, Waffen und Ausrüstung in die Ukraine schicken, die Zahl der Militärübungen erhöhen und damit Kiew zu militärischen Abenteuern treiben würden. All diese Aktivitäten betrachtet Russland als rote Linien.

Die russische Seite erinnert auch daran, dass sie sich nicht am innerukrainischen Konflikt beteilige und keine Vereinbarungen verletze, im Gegensatz zu Kiew, das die Minsker Vereinbarungen nicht einhalte. Das Dokument sieht einen Waffenstillstand, den Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie und eine Verfassungsreform vor.

Inzwischen hat die Ukraine die Hälfte ihres Armeepersonals im Donbass konzentriert und beschießt die Volksmiliz, auch mit verbotenen Waffen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/01/05/393266_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_38fe1d96176cd2ccb62c8b400bd4eaf7.jpg

Dan-news.info: Aufgrund der Corona-Situation haben die Schüler der ersten Klasse zusätzliche Ferien vom 3. bis 16.2. Die Schüler der Klassen 2 bis 11 haben in dieser Zeit Fernunterricht.

snanews.de: OSZE-Vorsitzender Rau reist in den Donbass

Der polnische Außenminister Zbigniew Rau, dessen Land im laufenden Jahr den OSZE-Vorsitz innehat, will bei seiner Reise in die Ukraine nächste Woche auch den Donbass besuchen.

Nach Angaben des polnischen Außenministeriums wird der Außenminister und OSZE-Vorsitzende Rau bei seiner Ukraine-Reise sowohl die Hauptstadt als auch den Osten des Landes besuchen. „Mittwoch nächster Woche, den 09. Februar, reist Minister Rau in die Ukraine, wo er Kiew und den Donbass besuchen wird“, erklärte eine Sprecherin am heutigen Dienstag.

Rau hatte Mitte letzten Monats angekündigt, seine erste Reise im Amt des OSZE-Vorsitzenden werde ihn in die Ukraine führen. Dabei warnte er vor einer neuen Kriegsgefahr, die größer sei „als jemals zuvor in den letzten 30 Jahren“.

Er sprach außerdem von der Notwendigkeit eines umfassenden Sicherheitsdialogs, bei dem alle Mitgliedsländer der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE),

also auch Russland und die Ukraine, ihre Sicherheitsbedenken äußern könnten. Dabei bekräftigte der Vorsitzende die Rolle der Minsker Vereinbarungen als Schlüssel zu einer Lösung der Ukraine-Krise. Die OSZE sei der beste Ort für einen solchen Dialog.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/04/07/1594058_0:285:3135:2048_1920x0_80_0_0_58443b1375316bc40083464434ad7895.jpg

snaneews.de: **Russischer Botschafter: Nord Stream 2 könnte Gaspreise für deutsche Verbraucher dämpfen**

Die Ostseepipeline Nord Stream 2 wird es möglich machen, die Gaspreise für die deutschen Verbraucher nicht allzu hoch zu halten. Das erklärte der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, in einem Interview mit dem Fernsehsender n-tv.de am Dienstag.

„Es ist ein internationales Projekt, eine Win-Win-Story“, sagte Netschajew. „Wir liefern Gas zu guten Preisen auf Grundlage langfristiger Verträge. Deutschland wird Abnehmer Nummer eins in Europa und die deutschen Verbraucher müssen nicht mehr so tief in die Geldbörse greifen.“

Der Botschafter erinnerte daran, dass Russland seit 50 Jahren Gas nach Deutschland liefert.

„Nicht ein einziges Mal haben wir Anlass zu der Annahme gegeben, wir seien unzuverlässige Lieferanten“, sagte Netschajew.

Die neue Exportgaspipeline mit einer Jahresleistung von 55 Milliarden Kubikmetern verläuft von Russland nach Deutschland.

Das von der Bundesnetzagentur eingeleitete Verfahren zur Zertifizierung des Nord Stream 2-Projektes wurde vorübergehend ausgesetzt. Die von der Nord Stream 2 AG gegründete Tochtergesellschaft und Eigentümerin des deutschen Teilstücks der Pipeline muss nun selbst die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes an einen unabhängigen Transportnetzbetreiber erfüllen. Das Zertifizierungsverfahren bleibt so lange ausgesetzt, bis die Übertragung der wesentlichen Vermögenswerte und personellen Mittel auf die Tochtergesellschaft abgeschlossen ist und die Bundesnetzagentur in der Lage sein wird, die neu vorgelegten Unterlagen der Tochtergesellschaft zu prüfen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann der Regulator einen Entscheidungsentwurf erstellen und der EU-Kommission zur Stellungnahme übermitteln.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/11/4354198_0:179:1338:714_1920x0_80_0_0_29366e369e8c78aa31d31ba9643aab3e.png

abends:

de.rt.com: Ukraine will innerhalb von drei Jahren ihre Streitkräfte um 100.000 Soldaten aufstocken

Laut dem jüngsten Erlass des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij wird das Land innerhalb von drei Jahren seine Streitkräfte um 100.000 Soldaten aufstocken. Somit sollen zusätzlich 20 Armeebrigaden geschaffen werden. Zunehmen soll außerdem der Mindestsold. Der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij hat einen Erlass über die Aufstockung der einheimischen Streitkräfte unterzeichnet. Der Politiker teilte dies am 1. Februar auf einer Sitzung der Obersten Rada in Kiew mit. In seiner Rede vor dem Parlament hob Selenskij besonders hervor:

"Dieser Erlass kommt nicht, weil es bald einen Krieg gibt. Dieser Erlass kommt, damit bald und ferner Frieden herrscht, Frieden in der Ukraine."

Das Dokument sieht vor, dass das Personal der ukrainischen Streitkräfte innerhalb von drei Jahren um 100.000 Soldaten ansteigt. Es sollen 20 Armeebrigaden geschaffen werden. Darüber hinaus soll auch der Mindestsold zunehmen. Nach dem jüngsten Erlass darf das Gehalt eines Armeeingehörigen mindestens dreimal so groß wie der Mindestlohn sein. Dieser beträgt momentan 6.500 Griwna oder rund 200 Euro. Geplant ist auch ein Übergang zur Berufsarmee. Das Dokument enthält darüber hinaus ein Konzept, laut dem Armeeingehörigen, Veteranen und ihren Familien Wohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ende Januar hatte der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnik bekannt gegeben, dass seine Behörde ein Gesetzespaket erarbeite. Dieses solle angenommen werden, um die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine zu stärken. Im Mai 2021 hatte Selenskij vor dem Hintergrund der Spannungen mit Russland vorgeschlagen, das Personal der Streitkräfte von 250.000 auf 261.000, das heißt um 11.000 Soldaten, aufzustocken. Die Oberste Rada billigte damals die Initiative. Der Präsident unterzeichnete das entsprechende Gesetz Ende Juli. Die USA und die NATO werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine zu planen. Russland weist dies wiederholt zurück. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten erweitern wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f9277fb480cc65df6d1a87.jpg>

de.rt.com: **Medienwirksamer Abzug von US-Diplomatenfamilien: Nach Kiew nun auch aus Minsk**

Das US-Außenamt hat die Abreise der Familien seiner Diplomaten aus Weißrussland angeordnet. Grund sei der "Zusammenzug russischen Militärs entlang Weißrusslands Grenze mit der Ukraine". Minsk stichelt, Weißrussland sei in vieler Hinsicht sicherer als die USA. Den USA scheint daran gelegen zu sein, die Anspannungen um die Ukraine mit allen nur denkbaren Mitteln aufrechtzuerhalten und zu erhöhen: Auf die jüngste medienwirksame Anordnung, die Diplomatenfamilien aus Kiew abzuziehen, folgt nun die nächste – betreffend Familienmitglieder der Angestellten der US-Regierung in Weißrusslands Hauptstadt Minsk. Eine entsprechende Erklärung spezifisch zu Weißrussland wurde am Montag vom Pressedienst des US-Außenministeriums veröffentlicht:

"Am 31. Januar 2022 hat das US-Außenministerium die Abreise der Familienmitglieder der US-Regierungsangestellten angeordnet. Aufgrund eines Anstiegs ungewöhnlicher und beunruhigender militärischer Aktivitäten Russlands an Weißrusslands Grenze mit der Ukraine sollten sich US-Bürger, die sich in Weißrussland aufhalten oder eine Reise dorthin erwägen, der Unvorhersagbarkeit möglicher Lageentwicklung und der erhöhten Spannungen in der Region bewusst sein."

Darüber hinaus riet das US-Außenministerium seinen Bürgern von Reisen nach Weißrussland auch mit anderen Begründungen ab, im Tenor, den Weißrussland aus dem Westen zur Genüge kennt:

"Reisen Sie nicht nach Weißrussland wegen der willkürlichen Anwendung von Gesetzen und der drohenden Inhaftierung."

Das offizielle Minsk reagierte vor allem darauf mit Unverständnis. Anatoli Glas, der Pressesprecher des weißrussischen Außenministeriums, erklärte der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti: "Weißrussland ist nicht das erste Land, in dem die Arbeitsweise der US-Auslandsvertretungen geändert wurde. Solche Entscheidungen zu treffen ist das Recht der US-amerikanischen Seite, wir sehen das gelassen. Wie bisher werden wir alle unsere Verpflichtungen zum Schutz der diplomatischen Vertretungen erfüllen. Somit befinden sich weder US-amerikanische noch andere Diplomaten hier in irgendwelcher Gefahr."

"Nach vielen Einschätzungen ist Weißrussland ein viel sichereres und gastfreundlicheres Land als die Vereinigten Staaten."

Aber auch generell sei es in Washington weder mit Lagekenntnis in der Region noch mit gutem Willen weit her, so Glas:

"Das Leben zeigt, dass die US-amerikanische Seite zur Lage in unserer Region nicht auf dem Laufenden ist. Und in letzter Zeit trifft sie Entscheidungen – äußerst realitätsferne – ohne eine ernsthafte und objektive Bewertung der tatsächlichen Sachlage."

Diese Entscheidungen, so der Sprecher, "beruhen auf einem rein politischen Ansatz und einem Wunsch, in eigenem Interesse die Situation künstlich anzuheizen und Hysterie zu schüren."

Sowohl aus westlichen Ländern als auch aus Kiew kamen es in jüngster Zeit verstärkt Behauptungen über eine mögliche Invasion Russlands in der Ukraine. Doch mittlerweile rudert sogar Kiew in dieser Hinsicht etwas zurück.

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, bezeichnete diese Informationen als leere und unbegründete Eskalation der Spannungen. Er betonte, dass Russland keine Bedrohung für irgendjemanden darstelle.

Gleichzeitig schloss Peskow jedoch die Möglichkeit von Provokationen nicht aus, die unter anderem zur Rechtfertigung derartiger Erklärungen durchgeführt werden könnten. Er warnte: Versuche, die Krise im Südosten der Ukraine mit Gewalt zu lösen, werden schwerste Folgen haben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61f96a0f48fbef191c7b2c2b.jpg>